

Seniorenpolitisches Gesamtkonzept (Landkreis Regensburg)

Ort: Landratsamt Regensburg, Kleiner Sitzungssaal

Datum und Uhrzeit: 19.07.16, 15:00 Uhr

1. Treffen Arbeitsgruppe Selbstständiges Leben im Alter

Teilnehmer: 21

- Akstaller, Ulrike
- Axmann, Gerlinde (Landratsamt Regensburg – Gesundheitsamt)
- Dankesreiter, Susanne (Gerontopsychiatrischer Dienst – Diakonie)
- Eichhorn, Maria (Mitglied des dt. Bundestages a.D.)
- Eisner, Corinna (Landratsamt Regensburg – Servicestelle für Senioren und Menschen mit Behinderung)
- Haslbeck, Petra (Landratsamt Regensburg – Servicestelle für Senioren und Menschen mit Behinderung)
- John, Michael (BASIS-Institut GmbH)
- Kellerer, Regina (Johanniter-Unfallhilfe e.V. / Leitung Sozialstation)
- Köglmeier, Inge (Stadt Neutraubling / Seniorenbeauftragte)
- Laumer, Martin (Landratsamt Regensburg – Soziale Angelegenheiten)
- Maier, Markus (Gemeinde Pentling)
- Meister, Bartholomäus (KEB Regensburg Land e.V.)
- Mooser, Karl (Landratsamt Regensburg – Sozialabteilung)
- Rappl, Barbara (Seniorenbeauftragte Kreistagsfraktion SPD)
- Riepl, Christoph (Landratsamt Regensburg – Integrationsamt)
- Schmidt, Julia (Landratsamt Regensburg – Servicestelle für Senioren und Menschen mit Behinderung)
- Schwarz, Esther (Johanniter-Unfallhilfe e.V.)
- Seidl, Josef (Landratsamt Regensburg – Servicestelle für Senioren und Menschen mit Behinderung)
- Streiff, Günther (Markt Lappersdorf / Seniorenbeauftragter)
- Tiedemann, Elena (BASIS-Institut GmbH)
- von Rhein, Gaby Dr. (Freiwilligenagentur im Landkreis Regensburg)

Tagesordnungspunkte:

1	Begrüßung durch Herrn Mooser	1
2	Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn John.....	2
3	Positives / Negatives / Maßnahmen	3
4	Erläuterungen.....	4
5	Vorstellung von Positivbeispielen.....	10
6	Verabschiedung durch Herrn Mooser	12

1 Begrüßung durch Herrn Mooser

Herr Mooser, Leiter der Sozialabteilung des Landratsamts Regensburg, begrüßt die TeilnehmerInnen zum ersten Workshop zum Thema selbständiges Leben im Alter im

Rahmen des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts. Er gibt das Wort weiter an Herrn John, Geschäftsführer des projektbegleitenden BASIS-Instituts.

2 Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn John

Herr John begrüßt ebenfalls die TeilnehmerInnen. Er erläutert, dass es sich um den ersten Workshop des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts handelt. Um alle TeilnehmerInnen auf den gleichen Informationsstand zu bringen, erklärt er den Ablauf zur Erstellung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts: Bis nächste Woche laufe eine Befragung der älteren Generation. Zusätzlich werde momentan eine Befragung von ambulanten und stationären Diensten als Grundlage zur Erstellung der Pflegebedarfsplanung durchgeführt. Alle Ergebnisse würden Eingang in den endgültigen Bericht finden. Abgesehen davon habe eine Steuerungsgruppe bzw. ein Begleitgremium drei zu vertiefende Themen für die Diskussion in den Workshops festgelegt: „Unterstützungsbedarf für das Leben im Alter“, „Teilhabe & Engagement im Alter“ und „Wohnen“. Für jeden der drei Themenbereiche würden je drei Sitzungen, in denen man Handlungsvorschläge erarbeiten wolle, stattfinden. Am Ende des Jahres werde dann ein vorläufiger Plan vorliegen, welcher danach in die Kommunen getragen werden solle. Dazu seien insgesamt 24 Bürgergespräche in den Kommunen geplant. Ziel dabei sei es, sich vor Ort über dringliche Fragen bezüglich Senioren zu unterhalten und daraus resultierenden Anregungen zu sammeln.

Er verweist auf das Schwesterprojekt Aktionsplan Inklusion, welches zum Teil überlappende Themen wie beispielsweise Mobilität anspreche. Die Ergebnisse des Aktionsplans könne man auf der Website anhand der Protokolle nachvollziehen (siehe Link im Anhang). Am 16. September finde bereits die Abschlussveranstaltung des Parallelprojekts statt.

Für die heutige Sitzung schlägt er folgendes Vorgehen vor: Es sei wünschenswert, dass die Anwesenden ihre Erfahrungen in Bezug auf ein Leben im Alter mit Hilfebedarf in die Runde bringen. Man wolle aufzeigen, was momentan gut und was weniger gut laufe und dies auf einer Flipchart sammeln. Zusätzlich sei die Formulierung erster Maßnahmenvorschläge denkbar. Gegen Ende würden zur Strukturierung einige Folien mit seniorenbezogenen Daten und Positivbeispielen gezeigt. Heute wolle man zunächst frei diskutieren und erst nächstes Mal systematischer vorgehen. Vor der dritten Sitzung werde dann ein Entwurfstext mit allen diskutierten Maßnahmenvorschlägen verschickt.

3 Positives / Negatives / Maßnahmen

Positives

P 1: Nachbarschaftshilfen

- Niederschwellig
- Finanzierbar
- Anpassung auf den lokalen Bedarf
- Empowerment

P 2: Helferkreis „Auszeit“

P 3: Seniorenbeauftragte

P 4: Wohnberatung

P 5: Treffpunkte → Mehrgenerationenhäuser

Negatives

N 1: Rechtliche Klärung Fahrdienste / Finanzierbarkeit

N 2: Verfügbarkeit hauswirtschaftlicher Hilfen

N 3: Vernetzung Nachbarschaftshilfen / Auszeit, Sozialstationen

N 4: Übersicht über lokale Hilfsangebote

N 5: Ansprechpartner bei den Kommunen

- Infos
- Beratung
- Case-Management

N 6: Infosammlung auf LK-Ebene

N 7: Seniorenbeiräte fehlen

N 8: Trennung ambulant stationär

N 9: Entlastung Pflegende Angehörige

Maßnahmenvorschläge

M 1: Pilotprojekte: Sozialraumwirksamkeit

M 2: Öffentlichkeitsarbeit / Messe

M 3: maßgeschneiderte Seniorenpolitische Gesamtkonzepte

M 4: Angebote zwischen Allein und Altenheim

Ziel: Engagementbereitschaft

4 Erläuterungen

P 1: Nachbarschaftshilfen

Herr Streiff, Seniorenbeauftragter des Markts Lappersdorf, hebt als Positivbeispiel die Nachbarschaftshilfe hervor. Frau Dr. von Rhein von der Freiwilligenagentur im Landkreis Regensburg und zuständig für die Nachbarschaftshilfe, lobt die Existenz von Nachbarschaftshilfen an sich. Dennoch sei bzgl. des Ausbaus von Nachbarschaftshilfen noch Luft nach oben. Herr Streiff schätzt an den Nachbarschaftshilfen, dass Senioren benötigte Hilfen wie Rasenmähen oder Unterstützung bei Arztbesuch erhalten. Auch bei der Einreichung der Formulare bei der Krankenkasse zur Erstattung der Kosten für hauswirtschaftliche Hilfen der ambulanten Dienste werde ihnen geholfen. Frau Kellerer von der Johanniter-Unfallhilfe e.V., die eine Sozialstation leitet, berichtet von der Möglichkeit, das Betreuungs- und Entlastungsbudget direkt mit der Kasse ohne Privatrechnung abzurechnen. Herr John fasst zusammen, dass es sich bei der Nachbarschaftshilfe um ein niedrighschwelliges Angebot handelt, da man nicht viel beantragen müsse und die Finanzierbarkeit in der Regel kein Problem darstellt.

Frau Dr. von Rhein sieht die Nachbarschaftshilfen als sehr bedarfsorientiert, da man unterschiedliche Bedarfe je Gebiet erfassen könne. Herr John hält diesbezüglich das Empowerment für wichtig, d.h. dass ältere Menschen selbst etwas zusammen entwickeln, was eine sinnstiftende Maßnahme bedeutet.

P 2: Helferkreis „Auszeit“

Herr Seidl von der Servicestelle für Senioren und Menschen mit Behinderung im Landratsamt Regensburg stellt den Helferkreis „Auszeit“ vor: Hierbei handle es sich um ein niedrighschwelliges Angebot mit etwa 30 Leuten im Helferkreis. Dieses Netzwerk bestehe im ganzen Landkreis. Die Schulungen würden in Zusammenarbeit mit Herrn Meister durchgeführt. Herr Meister von der KEB Regensburg Land e.V. berichtet, dass man bereits fünf Schulungskurse für ehrenamtliche Mitarbeiter à je 40 Stunden durchgeführt habe. Die Ausbildung berechtige dazu, in der Einzelhilfe in Familien oder bei Gruppenangeboten tätig zu werden. Durch die offizielle Anerkennung könne man für diverse Tätigkeit bis zu 208 Euro monatlich dafür erhalten.

P 3: Seniorenbeauftragte

Herr Seidl lobt die engagierten Seniorenbeauftragte vor Ort. Herr Laumer vom Landratsamt Regensburg im Bereich soziale Angelegenheiten stellt fest, dass die Gemeinden diesbezüglich unterschiedlich aufgestellt seien und zu dem Thema viel Erfahrung gehöre.

P 4: Wohnberatung

Frau Schmidt von der Servicestelle für Senioren und Menschen mit Behinderung im Landratsamt Regensburg erzählt von der Beratung vom Landratsamt. Dort bekomme man Hilfe, wenn man zu Hause etwas umbauen wolle. Es bedürfe mehr Öffentlichkeitsarbeit dafür. Herr Streiff erläutert die Problematik, dass die Mehrzahl der Senioren zur Miete wohnt. Zum Beispiel sei allein der Umbau einer Dusche aufgrund der erforderlichen Tieferlegung und der Unterstützung eines Statikers in einer Mietwohnung schwierig. Frau Akstaller spricht in diesem Zusammenhang von einem schwer zu bewältigenden Aufwand für einen älteren Menschen in der schwierigen Situation. Herr Streiff berichtet, dass in der örtlichen Nachbarschaftshilfe ein Bauingenieur und ein Handwerker engagiert sind, weswegen man in diese Richtung etwas bewegen könne.

P 5: Treffpunkte → Mehrgenerationenhäuser

Frau Dr. von Rhein berichtet von bereits bestehenden Begegnungsorten im Landkreis, beispielsweise in Neutraubling. Es gebe Spielenachmittage, Gedächtnistraining und auch einen Mittagstisch in Lappersdorf. Dies sei eine Vorstufe bzw. dadurch sei ein Boden für ein Miteinander geschaffen worden. Herr John stellt fest, dass die ehemals dominierenden Treffpunkte in den Dörfern in Vereinen oder Kirchengemeinden nicht mehr wie vor 20 Jahren gegeben sind. Die Kirche habe einen Bedeutungsverlust erfahren. Daneben hätten die Vereine weiterhin viele Vorteile, allerdings seien diese häufig monothematisch ausgerichtet. Für Senioren bedürfe es Begegnungsorte, wo man sich lose miteinander austauschen könne. In Vereinen müsse man erst eine Schwelle überwinden. Er weist darauf hin, dass vor 100 Jahren Vereine eher ein Privileg der Städte waren und auf dem Land die Blutsverwandtschaft dominiert habe. Deswegen wirbt er für eine Ergänzung der bestehenden Orte, beispielsweise in Form von Mehrgenerationenhäusern. Bisher gebe es diese nicht flächendeckend, sondern nur einmal je Landkreis. Ferner seien keine Förderungen durch den Staat für neue

Mehrgenerationenhäuser mehr vorgesehen. Herr Seidl spricht sich dafür aus, Räumlichkeiten in bestehenden Leerständen in den Gemeinden zu nutzen. Dieser Prozess müsse konstruktiv von den Gemeinden unterstützt werden und eine gewisse Zeit begleitet werden.

N 1: Rechtliche Klärung Fahrdienste / Finanzierbarkeit

Herr Streiff berichtet von Problemen bei den Fahrdiensten: So könne man nur 10 Cent pro Kilometer verrechnen. Der Landesverband der Senioren habe zwar eine Anfrage in München gestellt, aber momentan würde noch nichts passieren. Zwar könne man die Fahrt mit einer Aufwandsentschädigung für begleitetes Fahren verrechnen, aber das sei keine sichere Sache. Herr John stellt den Bezug zur Arbeitsgruppe Mobilität und Barrierefreiheit des Aktionsplans Inklusion her, wo man das Modell „Mobilfalt“ (Link im Anhang) in Nordhessen besprochen habe. Dort könnten Privatleute kundtun, wenn sie eine bestimmte Strecke fahren. Diese Informationen könnte man dann im Internet bei der Seite des öffentlichen Verkehrssystems abfragen. Man erhalte je Mitfahrer 30 Cent pro Kilometer. Durch dieses System erfolge eine Entlastung des Nahverkehrs. Es sei angedacht worden, solche Modelle als Ergänzung zum öffentlichen Personennahverkehr in Zusammenarbeit mit Herrn Weigl vom RVV regional zu prüfen. Frau Dr. von Rhein berichtet, dass die Landrätin ebenfalls nach München zur rechtlichen Klärung geschrieben habe, aber an den höhergelegten Stellen nichts vorangehen würde. Abgesehen davon sei sie mit Frau Pollitzka von der Wirtschaftsförderung und Herrn Weigl vom RVV in Gesprächen über die Einführung von Elektroautos für die Nachbarschaftshilfe. So sei beispielsweise angedacht, in Lappersdorf ein Auto kostenlos für Fahrdienste verfügbar zu machen.

N 2: Verfügbarkeit hauswirtschaftlicher Hilfen

Frau Schmidt stellt eine zu geringe Verfügbarkeit für hauswirtschaftliche Versorgung vonseiten der Pflegedienste fest. Dies begründet sie mit einem Fachkräftemangel. Herr Streiff fügt hinzu, dass die zusätzlichen Kosten für die hauswirtschaftlichen Hilfen bei einer Rente von 650 Euro eine Belastung darstellen. Herr John bestätigt, dass man bei einem Kostensatz von 28 Euro und einer geringen Rente nicht weit komme. Solche Dienste gebe es zwar bei den Sozialstationen, aber neben der tatsächlichen Verfügbarkeit spiele auch die Finanzierung eine Rolle. Dafür müsse man Lösungen finden. Gemäß seiner Erfahrung würde das Sauberhalten des Hauses nicht auf Dauer von Ehrenamtlichen ausgeübt werden können.

N 3: Vernetzung Nachbarschaftshilfen / Auszeit, Sozialstationen

Ein Problem bei dem Helferkreis „Auszeit“ stellt laut Herrn Meister dar, dass sich zwar genügend Menschen ausbilden lassen würden, aber der Anteil der im Anschluss tatsächlich eingesetzter Qualifizierten geringer sei. Deswegen müsse man die Qualifizierten zu regelmäßigen Schulungen einladen und nicht alleine lassen. Zudem seien Vernetzungen zu Nachbarschaftshilfen sowie eine Anlaufstelle vor Ort wichtig. Durch das Pflegestärkungsgesetz 1 wolle man zu neuen Einsatzform und Kooperationen kommen. Man unterhalte eine lokale Allianz für Demenz in Kooperation mit der Caritas, der Servicestelle, der Fachstelle des Altenpastoral der Diözese sowie mit verschiedenen anderen mit Demenz befassten Dienststellen. Herr John möchte wissen, wie die lokale Abstimmung mit den Initiativen verlaufe und ob die Sozialstationen solche Angebote als Konkurrenz ansehen würden. Frau Kellerer antwortet, dass die Mitarbeiter der Sozialstationen für die Ausführung von Betreuungs- und Entlastungsangebote nach § 45 SGB XI dafür ausgebildet sein müssen. Man sehe deswegen keine Konkurrenz in den anderen Angeboten, sondern wünsche sich Möglichkeiten für mehr Vernetzung zwischen Sozialstationen und solchen Institutionen. Herr John fasst zusammen, dass sich nicht nur die Helferkreise, sondern auch die Sozialstationen noch besser vernetzten sollen. Er habe andernorts festgestellt, dass häufig Bürgerschaftsprojekte und Profis vor Ort wenig zusammenarbeiten würden. Im Rahmen des Aktionsplans Inklusion habe man die Einrichtung von Sozialraumkonferenzen angedacht, die bei der Integration von Flüchtlingen schon erfolgreich eingesetzt wurden.

N 4: Übersicht über lokale Hilfsangebote

Herr Laumer hat die Erfahrung gemacht, dass die Ansprechpartner vor Ort häufig nicht bekannt sind. Zudem hätten Hilfebedürftigen ein Wissensdefizit, welche Hilfen ihnen zustehen und wo man sie herbekomme.

N 5: Ansprechpartner bei den Kommunen

Frau Haslbeck von der Servicestelle für Senioren und Menschen mit Behinderung des Landratsamts Regensburg berichtet, dass beim Pflegeforum das fehlende Wissen der Bürger über Ansprechpartner vor Ort angesprochen wurde. Frau Eichhorn, Mitglied des dt. Bundestages a.D., erzählt, dass sie in einem privaten Fall eine Anlaufstelle in der Gemeinde gegeben habe. Sie hält einen lokalen Ansprechpartner für einen guten

Weg. Dieser müsse zum Teil nur an die Servicestelle verweisen. Herr Seidl merkt an, dass viele Gemeinden nicht über die Angebote vor Ort Bescheid wüssten. Ein Positivbeispiel sei die Gemeinde Zeitlarn, die in Zusammenarbeit mit der Servicestelle einen Wegweiser über wichtige Hilfen vor Ort, wie z. B. Adressen von Zahnärzten, erstellt habe. Solche Informationsbroschüren seien auch für Neubürger wichtig. Frau Akstaller wendet ein, dass es nicht nur darum geht, einen Zahnarzt zu. Man brauche einen Einstieg in das System der Beratungen und Angebote. Ein an der Gemeinde angesiedelter kompetenter Ansprechpartner wäre eine tolle Sache. Herr John resümiert, dass auch Case-Management, also das Zusammenknüpfen und Koordinieren verschiedener Hilfesysteme im Einzelfall hierbei wünschenswert sei. Herr Seidl merkt an, dass die Sachbearbeiter bei Fragen nach Unterstützungsbedarf überfordert sein könnten. Frau Akstaller wirft ein, dass Betroffene umso mehr überfordert seien. Frau Eichhorn erachtet einen Familienwegweiser, der Anlaufstellen aufzeigt, für sinnvoll. Sie schlägt vor, dass sich jede Gemeinde für einzelne Themengebiete spezialisieren könnte.

Herr John erklärt, dass auf Landkreisebene professionalisierte und spezialisierte Angebote vorherrschen. Deswegen würden manche Gemeinden Anfragen direkt an die nächsthöhere Ebene, an das Landratsamt, übergeben. Kommunen würden sich nicht trauen, Ansprechpartner zu stellen. Diese fachliche Trennung führe zu einem Fehlen präventiver Hilfen. In Bereich frühkindlicher Bildung sei das Konzept der Familienstützpunkte ein Modell, das Anknüpfungspunkte vor Ort schaffe. Es handle sich also nicht um eine rein seniorenpolitische Aufgabenstellung. Herr Streiff bestätigt die Praxis, dass Gemeinden die Probleme an die nächsthöhere Ebene oder an die Seniorenbeauftragten abgeben.

N 6: Infosammlung auf LK-Ebene

Herr Seidl erklärt, dass Wegweiser häufig daran gescheitert seien, dass Gemeinden die Angebote und Ansprechpartner vor Ort selbst nicht kannten. Außerdem mussten die Informationen immer wieder aktualisiert werden. Zudem würden vielen Bürgermeistern das Bewusstsein bzw. die Bereitschaft fehlen.

N 7: Seniorenbeiräte fehlen

Herr Seidl stellt fest, dass der Landkreis 34 Seniorenbeauftragte, aber keine Seniorenbeiräte hat. Er würde Beiräte begrüßen, da die Seniorenbeauftragten keine Einzelkämpfer sein sollen.

N 9: Entlastung Pflegende Angehörige

Herr Meister spricht an, dass entlastende Dienste für pflegender Angehörige nicht ausreichend verfügbar seien. Zum Teil würden diese von Wohlfahrtsverbänden angeboten, aber Entlastung der Angehörigen sollte auch von Vereinen und Aktionen stärker gefördert werden.

M 1: Pilotprojekte: Sozialraumwirksamkeit

Herr Laumer schlägt vor, durch Vorzeigeprojekte wie in Zeitlarn andere Gemeinden zum Erlernen eines schnelleren Informationsschlusses anzuregen. Herr John stimmt zu, dass man nicht ein Rezept für 41 Kommunen erarbeiten könne, aber man Kommunen für modellhafte Umsetzungen gewinnen bzw. Pilotprojekte starten könne.

M 2: Öffentlichkeitsarbeit / Messe

Herr Seidl spricht sich dafür aus, Öffentlichkeitsarbeit in Form von Ausstellungen oder Messen zu betreiben. Ein Positivbeispiel sei das Mehrgenerationenhaus in Regenstauf.

M 3: maßgeschneiderte Seniorenpolitische Gesamtkonzepte

Herr John stellt fest, dass Seniorenpolitische Gesamtkonzepte häufig nur auf die Landkreisebene bezogen seien. Allerdings müssten die Kommunen für sich selbst ein Konzept entwickeln, wobei man die Latte recht niedrig in Form von Empfehlungen legen müsse. Es bedürfe der Entwicklung von Pilotprojekten in Sachen Sozialraumwirksamkeit, welche vor Ort systematisiert werden müssten. Frau Axmann vom Landratsamt Regensburg (Gesundheitsamt) spricht sich dafür aus, durch die Gespräche in den Kommunen nächstes Jahr Druck von unten auszuüben und nicht nur Pilotprojekte zu starten.

Herr Meister plädiert dafür, in jeder Gemeinde einen runden Tisch mit Nachbarschaftshilfe und Seniorenbeauftragten ins Leben zu rufen. Herr John weist darauf hin, dass Sozialraumkonferenzen beim Aktionsplan angeregt wurden, aber die Frage der Organisation problematisch sei. Bei 41 Orten im Landkreis sei diese Aufgabe im Landratsamt schwer machbar. Ein nicht betreuter Austausch berge die Gefahr, unangenehme Fragen nicht zu behandeln. Herr Meister stellt fest, dass bei einem immer enger werdenden Netz die Anstellung einer hauptamtlichen Kraft nötig sei.

M 4: Angebote zwischen Allein und Altenheim

Herr John schildert den Eindruck, dass die Schwelle für einen Gang ins Altenheim, wenn etwas im eigenen Haushalt nicht mehr klappt, derzeit recht niedrig sei, aber nicht im Interesse der Menschen. Frau Rappl, Seniorenbeauftragte der Kreistagsfraktion der SPD, spricht sich dafür aus, die Menschen solange wie möglich mithilfe von Sozialstationen und Nachbarschaftshilfen zu Hause wohnen zu lassen. Wenn eine Pflegestufe erreicht werde, sei das Altenheim häufig die einzige Alternative. Aus diesem Grund müsse man einen Mittelweg zwischen ambulanten Stationen und Altenheim finden. Bisher habe man sich zu sehr auf die Privaten verlassen. Die Kommunen müssten bezahlbare Hilfsangebote mit entwickeln.

Ziel: Engagementbereitschaft

Frau Dr. von Rhein stellt fest, dass das Gespür für wichtige Punkte vielerorts nicht vorhanden sei, und es sich bei der fehlenden Engagementbereitschaft nicht nur um eine Ressourcenfrage handle. Sie plädiert dafür, Überzeugungsarbeit zu leisten. Frau Haslbeck spricht sich dafür aus, die Vorteile der Kommunen, die bereits seniorenorientiert arbeiten, gegenüber den anderen Kommunen hervorzuheben. Frau Dr. von Rhein merkt an, dass manche Kommunen Leuchttürme fast als abschreckend empfinden würden: Sie würden vorgezeigt bekommen, was die anderen Kommunen noch alles besser können.

Frau Köglmeier, Seniorenbeauftragte der Stadt Neutraubling, berichtet von ihrem gut laufenden 14-tägig stattfindenden Seniorenprogramm. Der Kontakt selber und Vertrauen stehe im Vordergrund. Bei Hilfebedarfen würde man auf sie zukommen.

5 Vorstellung von Positivbeispielen

Riedlingen

Gegen Ende stellt Herr John Positivbeispiele bezogen auf Seniorenpolitik aus verschiedenen Teilen Deutschlands vor (Folien im Anhang). Beispielsweise berichtet er von der Stadt Riedlingen, die ein umfassendes System mit kleinen Dienste, Essen auf Rädern, Fahrdienst, und 24 h-Notruf aufgestellt habe. Dabei erhalte jeder Engagierte 6,25 Euro Lohn von den Gesamtkosten 8,50 Euro pro Stunde.

Frau Rappl fragt nach, ob es sich hierbei nicht um Wettbewerbsverzerrung handle. Herr John erklärt, dass bisher nur Familie, Staat, und Privates definiert wurde, Nachbarschaft aber nicht. Der Bedarf sei aber so groß, dass man sich nicht in die Quere kommt.

Frau Dr. von Rhein sieht die Gabe von Geld für das Ehrenamt kritisch, da man mit Anspruch gestartet sei, keine Konkurrenz für Gewerbetreibende durch ungeschultes Personal zu sein. Dieses werde bereits nicht ausreichend gut bezahlt. Herr John bestätigt das Dilemma, dass Pflege prekäre Arbeitsbedingungen habe. Er spricht sich dafür aus, die beiden Dinge nicht gegenüberzuhalten, da das erstrebte Ziel eine höhere Lebensqualität sei. Die Personalgewinnung im ambulanten Bereich stoße an ihre Grenzen. In Riedlingen handle es sich nicht mehr um ehrenamtliches Engagement, sondern um eine neue Form von Bürgerdienst bzw. um zivilgesellschaftliches Engagement. Frau Köglmeier sagt, dass sie kein Geld für ihr ehrenamtliches Engagement im Hospiz haben wolle. Herr John drückt seine große Hochachtung gegenüber engagierte Menschen wie Frau Kröglmeier aus, sieht aber zwei Tücken: Zum einen könne sich nicht jeder ein unentgeltliches ehrenamtliches Engagement leisten. Zum anderen wolle man einem nicht blutsverwandten Menschen nichts schuldig sein. Ein kleiner Geldbetrag würde die Menschen von diesem Gefühl der Beschämung befreien. Frau Köglmeier ist der Meinung, dass man den Menschen das schlechte Gewissen ausreden könne. So habe sie beispielsweise erst im Nachhinein verkündet, dass ein Ausflug für die Senioren umsonst gewesen sei. Herr John betont, dass durch die Gabe eines Geldbetrags eine gewisse Verbindlichkeit geschaffen werde. Ehrenamtliche Dienste wie der im Hospiz seien allerdings von einem hohen Idealismus getragen, weshalb es dort wahrscheinlich auch unentgeltlich funktioniere und funktionieren müsse.

Langenfeld

Herr John berichtet bezüglich Langenfeld von einer alten Scheune im Ortskern, die man zum Mehrgenerationentreff umgebaut habe, welches sich auch wirtschaftlich positiv auf die Belebung der Innenstadt ausgewirkt habe. Zusätzlich gebe es dort ein Wohnprojekt mit Tagespflege. Herr Seidl erläutert, dass bezüglich betreuten Wohnens häufig Abzocke stattfinde. Jüngere Senioren müssten sich Gedanken machen, aber nötige Informationen würden häufig fehlen. Herr John stellt fest, dass viele mit 70 Jahren ins betreute Wohnen ziehen würden und dann länger als erwartet leben würden, weswegen das Geld dann nicht mehr ausreiche.

Frau Haslbeck sieht betreutes Wohnen als Investitionsprojekte und parallel zu den Bauherrenprojekten. Herr John plädiert dafür, sich im ambulanten Bereich nicht nur auf zahlungskräftige Kundschaft zu fokussieren. Hier in Regensburg stehe eher der Kauf von Wohnraum und nicht die Miete im Vordergrund. Dies sei aber nicht niedrigschwellig und nicht alle könnten sich das leisten.

6 Verabschiedung durch Herrn Mooser

Herr Mooser beendet die Arbeitsgruppensitzung und dankt den TeilnehmerInnen. Er verweist auf das nächste Treffen der Arbeitsgruppe am 15.09. um 15 Uhr im kleinen Sitzungssaal des Landratsamts.

Für das Protokoll

Elena Tiedemann

Michael John

BASIS-Institut

ANHANG

Internetadresse zum Seniorenpolitischen Gesamtkonzept:

<http://www.landkreis-regensburg.de/Landratsamt/Buergerservice/Senioren-MenschenmitBehinderung/SeniorenpolitischesGesamtkonzept.aspx>

Internetadresse zum Aktionsplan Inklusion und Demographie:

<https://www.landkreis-regensburg.de/UnserLandkreis/Regionalentwicklung/Regionalmanagement/InklusionundDemographie.aspx>

Internetadresse zum Mitfahrdienst in Hessen

<http://www.mobilfalt.de/>